

Antrag

der Abg. Paul Locherer u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wider die „Wegwerfgesellschaft“

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele Tonnen an Lebensmitteln in Baden-Württemberg von den Verbrauchern jährlich weggeworfen werden (seit 2000);
2. wie sich der Absatz von „Fast Fashion“ in Baden-Württemberg entwickelt hat (seit 2000);
3. wie sich die Erstnutzungsdauer von elektronischen Geräten bei Verbrauchern in Baden-Württemberg seit 2000 entwickelt hat (aufgeteilt nach Jahren);
4. ob es ihrer Ansicht nach Erkenntnisse gibt, wonach Hersteller Bauteile verwenden, in deren Folge die Lebensdauer der Geräte reduziert wird (geplante Obsoleszenz);
5. wie sich das Abfallaufkommen in Baden-Württemberg pro Kopf entwickelt hat (seit 2000);
6. was ihrer Meinung nach die Ursachen für die dargestellten Entwicklungen sind;
7. wie diesen Entwicklungen entgegengewirkt werden kann;
8. welchen Beitrag bisherige Maßnahmen gegen Wegwerftendenzen geleistet haben;
9. welche Maßnahmen notwendig wären, um der „Wegwerfgesellschaft“ noch wirkungsvoller entgegenzutreten;

10. ob sie in diesem Kontext selbst aktiv geworden ist bzw. falls nicht, ob und gegebenenfalls wann und mit welchen konkreten Maßnahmen sie dies zu tun gedenkt.

14. 12. 2015

Locherer, Brunnemer, Burger, Dr. Rapp,
Reuther, Rombach, Rüeck, Traub CDU

Begründung

Die Verschwendung von Lebensmitteln ist nur ein Aspekt der sogenannten „Wegwerfgesellschaft“. Betroffen sind hiervon aber auch Kleidung, Elektrogeräte und viele weitere Produkte. Die Gründe des Wegwerfens bzw. Austauschens sind vielfältig. Ausschlaggebend ist das gegenseitige Wechselspiel zwischen Konsumenten, Produzenten und staatlichen Einflüssen. Technische Neuerungen, wechselnde und wachsende Ansprüche und Anforderungen oder auch die ständige Verfügbarkeit von Produkten tragen dazu bei, dass viele Dinge in regelmäßigen Abständen ausgetauscht oder weggeworfen werden. Der Antrag soll die unterschiedlichen Facetten der „Wegwerfgesellschaft“ in Baden-Württemberg klären und in Erfahrung bringen, ob und gegebenenfalls wie sich die Landesregierung der Entwicklung annimmt.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 20. Januar 2016 Nr. 25-8973.99/1 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung, wobei Folgendes vorausgeschickt wird:

Die meisten der nachfolgenden Fragen betreffen das Verbraucherverhalten und die Ausgestaltung der Produktion, damit gleichzeitig aber auch den Vollzug der ersten beiden Abfallhierarchiestufen nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG, nämlich Abfallvermeidung und Vorbereitung zur Wiederverwendung. Denn jede Maßnahme mit dem Ziel des abfallärmeren Konsums oder entsprechende Produktions- und Verkaufsweisen, z. B. durch Erwerb oder Produktion und Verkauf langlebiger Produkte oder sonstiges Konsumverhalten, ist erfolgreich vollzogene Abfallvermeidung im Sinne des KrWG. Dies vorausgeschickt, wird wie folgt Stellung genommen:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie viele Tonnen an Lebensmitteln in Baden-Württemberg von den Verbrauchern jährlich weggeworfen werden (seit 2000);*

Die Landesregierung stützt sich auf Schätzungen im Rahmen eines Gutachtens der Universität Stuttgart (Kranert et al. 2012). In dem Gutachten werden die bundesweit von den privaten Haushalten entsorgten Lebensmittel einschließlich

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Schälgut und Essensreste mit 6,67 Mio. Tonnen pro Jahr (Medianwert) angegeben. Geht man davon aus, dass Baden-Württemberg hiervon proportional zur Einwohnerzahl etwa ein Achtel aufbringt, wären dies etwa 830.000 Tonnen in Baden-Württemberg. Dies entspricht etwa 210 Gramm pro Einwohner und Tag.

2. wie sich der Absatz von „Fast Fashion“ in Baden-Württemberg entwickelt hat (seit 2000);

Der Landesregierung liegen keine Zahlen zur Absatzentwicklung von Fast Fashion seit 2000 vor.

3. wie sich die Erstnutzungsdauer von elektronischen Geräten bei Verbrauchern in Baden-Württemberg seit 2000 entwickelt hat (aufgeteilt nach Jahren);

Der Landesregierung sind keine Angaben zur Erstnutzungsdauer von elektronischen Geräten insgesamt bei Verbraucherinnen und Verbrauchern in Baden-Württemberg bekannt.

Das Umweltbundesamt hat eine Studie zum Einfluss der Nutzungsdauer von Produkten auf ihre Umweltwirkung: Schaffung einer Informationsgrundlage und Entwicklung von Strategien gegen „Obsoleszenz“ (Prakash et al. 2015) in Auftrag gegeben. Die im Frühjahr 2015 veröffentlichten Zwischenergebnisse geben einen Überblick über die Erstnutzungsdauer ausgewählter Elektro- und Elektronikgeräte in Deutschland:

Für Haushaltsgroßgeräte, z. B. Waschmaschinen, ist die Erstnutzungsdauer zwischen 2004 und 2012/2013 von 14,1 auf 13,0 Jahre leicht zurückgegangen. Der Anteil der Geräte, die aufgrund eines Defektes schon innerhalb von fünf Jahren ersetzt werden mussten, stieg bei den Haushaltsgroßgeräten zwischen 2004 und 2012 von 3,5 Prozent auf 8,3 Prozent stark an. Haushaltskleingeräte, z. B. Hand- und Stabmixer, werden 2012 im Vergleich zu 2004 kaum verändert, durchschnittlich 10,6 Jahre, vom Erstnutzer genutzt. Aus dem Bereich Unterhaltungselektronik analysiert die Studie für TV-Flachbildschirme seit 2005 bzw. 2006 tendenziell eine Erhöhung der Erstnutzungsdauer. 2005 wurden die Geräte durch den Erstnutzer durchschnittlich 3,2 Jahre genutzt, im Jahr 2012 betrug die Dauer 5,6 Jahre. Über 60 % der Ersatzkäufe 2012 erfolgte trotz noch funktionierendem Flachbildschirmfernsehgerät, weil die Konsumentinnen und Konsumenten über ein Gerät mit größerer Bildschirmdiagonale oder besserer Bildqualität verfügen wollten. Bei Notebooks betrug die durchschnittliche Erstnutzungsdauer 5,1 Jahre 2012. Die durchschnittliche Erstnutzungsdauer von Notebooks, die aufgrund eines Defektes ersetzt wurden, lag zwischen 5,7 und 5,4 Jahren 2010 bis 2012. Der Anteil der defekten Notebooks an allen Ersatzkäufen lag 2012/2013 bei knapp 25 %. Die Notebooks wurden zwischen 2004 und 2012/2013 immer seltener aufgrund des Wunsches nach einem besseren Gerät ersetzt.

Ursachen für die unterschiedlichen Entwicklungen bei der Erstnutzungsdauer der Geräte können z. B. der Austausch aufgrund eines Defektes oder auch die psychologische Obsoleszenz sein. Eine psychologische Obsoleszenz liegt vor, wenn ein Produkt nicht mehr benutzt wird, weil es unansehnlich geworden oder nicht mehr modisch ist. Dabei machen meist Modetrends oder neue technische Entwicklungen die Vorgängermodelle „obsolet“ (Verbraucherkommission Baden-Württemberg 2014).

4. ob es ihrer Ansicht nach Erkenntnisse gibt, wonach Hersteller Bauteile verwenden, in deren Folge die Lebensdauer der Geräte reduziert wird (geplante Obsoleszenz);

In der öffentlichen Diskussion zur geplanten Obsoleszenz mangelt es derzeit an belastbaren Belegen. Das übergeordnete Ziel der vom Umweltbundesamt initiierten Studie (siehe Nr. 3) besteht darin, eine fundierte Datengrundlage zur Beschreibung und Beurteilung des Phänomens „Obsoleszenz“ zu schaffen und darauf aufbauend handlungssichere Strategien gegen Obsoleszenz zu entwickeln. Die Veröffentlichung des Zwischenberichtes der Studie im Frühjahr 2015 liefert noch keine Belege für gezielt eingebaute Schwachstellen in Produkten. Die systemati-

sche Analyse für die Ursachen der Geräteausfälle und -defekte soll mit der Veröffentlichung des Endberichts der Studie Ende Januar 2016 erfolgen. Der Zwischenbericht zur Auftragsstudie macht jedoch deutlich, dass sich die durchschnittliche Erstnutzungsdauer verschiedener elektrischer Geräte aus unterschiedlichen Gründen verkürzt hat (siehe Nr. 3).

5. wie sich das Abfallaufkommen in Baden-Württemberg pro Kopf entwickelt hat (seit 2000);

6. was ihrer Meinung nach die Ursachen für die dargestellten Entwicklungen sind;

Das Abfallaufkommen in Baden-Württemberg hat sich seit dem Jahr 2000 wie folgt entwickelt:

Kommunales Aufkommen an Haus- und Sperrmüll, Abfällen aus der Biotonne und Wertstoffen aus Haushalten in Baden-Württemberg

Jahr	Basis ¹⁾	Insgesamt		Davon					
				Haus- und Sperrmüll		Abfälle aus der Biotonne ²⁾		Wertstoffe aus Haushalten	
		1.000 t	kg/Ea	1.000 t	kg/Ea	1.000 t	kg/Ea	1.000 t	kg/Ea
2000	VZ	3.800,6	362,0	1.677,9	159,8	433,8	41,3	1.688,9	
2001	VZ	3.737,0	353,9	1.633,2	154,7	421,5	39,9	1.682,3	
2002	VZ	3.758,4	353,5	1.625,4	152,9	437,2	41,1	1.695,8	
2003	VZ	3.640,5	340,9	1.575,4	147,5	421,8	39,5	1.643,3	
2004	VZ	3.688,6	344,5	1.605,6	150,0	434,7	40,6	1.648,2	
2005	VZ	3.709,1	345,6	1.568,3	146,1	435,7	40,6	1.705,1	
2006	VZ	3.771,0	351,1	1.584,0	147,5	433,7	40,4	1.753,3	
2007	VZ	3.751,5	349,1	1.540,5	143,3	443,0	41,2	1.768,0	
2008	VZ	3.727,9	346,6	1.536,7	142,9	437,1	40,6	1.754,0	
2009	VZ	3.769,9	350,8	1.566,6	145,8	448,5	41,7	1.754,8	
2010	VZ	3.749,4	348,8	1.556,7	144,8	439,6	40,9	1.753,1	
2011	VZ	3.781,4	351,1	1.555,0	144,4	447,1	41,5	1.779,3	
2011	Z	3.781,4	360,4	1.555,0	148,2	447,1	42,6	1.779,3	
2012	Z	3.776,7	358,3	1.533,2	145,4	467,3	44,3	1.776,2	
2013	Z	3.786,5	357,3	1.525,3	143,9	473,1	44,6	1.788,1	
2014	Z	3.796,4	355,7	1.526,9	143,1	487,7	45,7	1.781,9	

¹⁾ VZ = Berechnung Basis Volkszählung 1987, Z = Berechnung Basis Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Landesamt: Die Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg 2014

Danach ist das Pro-Kopf-Aufkommen an häuslichen Abfällen seit dem Jahr 2000 von 362,0 kg pro Einwohner und Jahr auf 355,7 kg pro Einwohner und Jahr im Jahr 2014 gesunken. 2011 ist die Umstellung von der Berechnung auf Basis der Volkszählung 1987 auf die Berechnung mit der Basis Zensus 2011 zu berücksichtigen.

Die häuslichen Abfälle setzen sich im Wesentlichen aus drei Fraktionen zusammen: getrennt gesammelte Wertstoffe, Abfälle aus der Biotonne und Restabfälle (Haus- und Sperrmüll). Im Sinne einer hochwertigen Abfallverwertung wird an-

gestrebt, den Anfall von gemischtem Haus- und Sperrmüll zu vermeiden und stattdessen Wertstoffe und Bioabfall möglichst getrennt davon zu sammeln. So reduzierte sich der Anteil des Haus- und Sperrmülls am Gesamtaufkommen häuslicher Abfälle seit 1990 von rund 76 Prozent auf aktuell 40 Prozent. Im Jahr 2000 waren es noch 44 Prozent. Bei Bioabfall besteht sogar die Absicht, die Erfassung zu steigern, indem bislang nicht genutztes biogenes Material zusätzlich erfasst wird. Das Land hat hierfür im aktuellen Abfallwirtschaftsplan das Ziel vorgegeben, das Aufkommen an häuslichen Bioabfällen von 45 kg bis 2020 auf 60 kg pro Einwohner und Jahr zu steigern.

In eine Bewertung einzubeziehen sind dabei auch das Abfallaufkommen steigernde Effekte. So trägt die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung, wie beispielsweise die Zunahme der Anzahl kleinerer Haushaltsgrößen, zu einem höheren spezifischen Abfallaufkommen bei, ebenso wie aufwändigere Verpackungen gegen Ladendiebstahl, erhöhte hygienische Anforderungen und das Interesse der Logistik. Ferner sind Pendlerbewegungen zu beachten, die sich insbesondere an den westlichen Randlagen Baden-Württembergs bemerkbar machen können, in dem sich zeitweise mehr Menschen im Land aufhalten, als die Einwohnerstatistik registriert. Somit können Pendlerbewegungen die Pro-Kopf-Berechnungen des Abfallaufkommens beeinflussen. Dass dennoch ein Rückgang des spezifischen Abfallaufkommens festzustellen ist, erklärt sich aus der Sicht der Landesregierung mit einem bewussteren Umgang mit Abfällen und der Gebührengestaltung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bei der Entsorgung. Hier werden durch gefäßgrößen- oder abfallmengenabhängige Gebühren Anreize zur Reduzierung des Abfallaufkommens geschaffen. Bei Bioabfällen ist eine Steigerung durch verbesserte Erfassung erwünscht und wird in Umsetzung der Anforderungen des KrWG durch den Abfallwirtschaftsplan des Landes – Teilplan Siedlungsabfälle – gefordert.

7. wie diesen Entwicklungen entgegengewirkt werden kann;

Wie zu den Fragen 5 und 6 aufgezeigt, liegt pauschal keine Entwicklung vor, der entgegengewirkt werden müsste. Dennoch wird weiterhin durch Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Information der Akteure versucht, die Abfallvermeidung zu intensivieren.

Die Landesregierung hat hierzu durch das Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) ein Gutachten „Ideen für mögliche Maßnahmen zur Abfallvermeidung in Baden-Württemberg“ erstellen lassen, das von der LUBW veröffentlicht wurde.

Das bereits erwähnte Gutachten der Universität Stuttgart zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen enthält ebenfalls eine Reihe von Empfehlungen für private Haushalte.

8. welchen Beitrag bisherige Maßnahmen gegen Wegwerftendenzen geleistet haben;

Wie zu den Fragen 6 und 7 dargestellt, sind die „Wegwerftendenzen“ eher rückläufig. Eine belastbare Quantifizierung des Beitrags bestimmter Maßnahmen zur weiteren Reduzierung von Wegwerftendenzen ist nicht möglich.

9. welche Maßnahmen notwendig wären, um der „Wegwerfgesellschaft“ noch wirkungsvoller entgegenzutreten;

Die Landesregierung beabsichtigt, in naher Zukunft weiter konkretisierende Hinweise im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu geben, um weiter zur entsprechenden Bewusstseinsbildung bei den Konsumenten beizutragen.

10. ob sie in diesem Kontext selbst aktiv geworden ist bzw. falls nicht, ob und gegebenenfalls wann und mit welchen konkreten Maßnahmen sie dies zu tun gedenkt.

Das Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher am Erwerb qualitativ hochwertiger technischer Geräte, kann durch transparente und verständliche Produktinformationen unterstützt werden. Aus diesem Grunde hat sich das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz auf der Verbraucherschutzministerkonferenz 2015 für die Einführung einer Pflicht der Hersteller ausgesprochen, ihre Produkte durch klare und vergleichbare Informationen zur Mindestlebensdauer des Produktes, zur Reparierbarkeit und der Verfügbarkeit von Ersatzteilen zu kennzeichnen. Weiterhin wurde das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog gegen den frühzeitigen Verschleiß von Produkten und für mehr Langlebigkeit, Qualität und Reparaturfreundlichkeit vorzulegen. Bestandteil dabei sollte u. a. die Prüfung einer Verlängerung der gesetzlichen Gewährleistungsfrist bei Verbrauchsgütern sein. Um dem Wunsch der Verbraucherinnen und Verbraucher nach einer transparenten, nachvollziehbaren und vertrauenswürdigen Entscheidungshilfe beim Kauf von technischen Geräten entgegenzukommen, wurde das BMJV ebenfalls gebeten zu prüfen, ob ein Gütesiegel oder eine ähnliche Kennzeichnung für langlebige und reparaturfreundliche Produkte entwickelt werden könnte.

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Nachhaltig essen“ und der landesweiten Ernährungsbildungsangebote legt das MLR stets die Wertschätzung von Lebensmitteln und die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung als Querschnittsthemen zugrunde. In Vorträgen, Ausstellungen und Workshops werden fundierte Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher praxisnah vermittelt (CO₂-Diät – Essen für den Klimaschutz; Den Landkreis genießen, Alles was rumliegt – Workshops zur Resteverwertung AWARULI). Mit der Tagungsreihe „Gutes Kantinenessen zählt sich aus“, einem Coaching-Projekt für Kantinen, und weiteren Maßnahmen im Bereich der Außer-Haus-Verpflegung widmet sich das MLR verstärkt dem Bereich der Gemeinschaftsverpflegung. Dabei unterstützt das MLR die Einrichtungen in Hinblick auf Nachhaltigkeit (u. a. Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, regionale Lieferketten, Änderungen von Rezepturen und/oder Speiseplanung und energiesparende Zubereitung) und Wirtschaftlichkeit sowie bei der Zertifizierung nach der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und der Bio-Zertifizierung. Auch bei der DGE-Zertifizierung ist die Vermeidung von Lebensmittelresten ein wichtiges Thema.

Wie in der Vorbemerkung erwähnt, gehört es im Bereich der Kreislaufwirtschaft zur Strategie, dass (unvermeidbare) Abfälle hochwertig verwertet und dabei als Quelle für (Sekundär-)Rohstoffe genutzt werden. Hierzu wird über die Webseiten des UM und der LUBW ausführlich über die richtige Trennung und die anschließende Verwertung der verschiedenen Abfallströme informiert. Mitentscheidend für eine möglichst hochwertige Verwertung von Abfällen kann deren einwandfreie Erfassung sein. Daher wurde im Jahr 2014 eine umfangreiche Überprüfung von Sammelstellen für Elektro- und Elektronik-Altgeräte bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern durchgeführt. Mit der Überprüfung der Behandlungsanlagen für Elektro- und Elektronik-Altgeräte soll diese Abfallart weiterhin einen Schwerpunkt der behördlichen Überwachung bilden.

Außerdem sollen neue Verwertungsmöglichkeiten entwickelt werden. Daher wurden bzw. werden vom UM mehrere Projekte durchgeführt, die die Ressourceneffizienz im Fokus haben. In einem aktuellen Projekt wird ausgelotet, ob und unter welchen Bedingungen durch gezielte Demontage Bauteile und Stoffe aus elektrischen und elektronischen Geräten gewonnen werden können. Mit der Rückführung der Bauteile und Stoffe in den Wirtschaftskreislauf werden durch die wiederholte Nutzung die Nutzungsdauer verlängert und so eine effiziente Kreislaufwirtschaft gefördert; letztendlich wird so auch eine wirksame Abfallvermeidung erreicht.

Um auch die nachwachsende Generation für ein nachhaltiges Handeln zu sensibilisieren, gibt das Umweltministerium seit mehreren Jahren sogenannte Themenhefte heraus. Die Hefte sind so konzipiert, dass sie im Unterricht an Schulen eingesetzt werden können. In dieser Reihe sind u. a. die Hefte „Mode und Textil“, „Nachhaltigkeit auf dem Teller“ sowie „Ressourcenverbrauch“ erschienen, die

die Themen auch unter „Wegwerfaspekten“ beleuchten. Die Hefte werden von den Schulen sehr gut nachgefragt. Es ist vorgesehen, die Reihe in den nächsten Jahren fortzuführen.

Zusätzlich organisiert die Landesregierung seit 2012 die Nachhaltigkeitstage Baden-Württemberg. In diesem Rahmen sind die Menschen im Land aufgerufen, eigene Nachhaltigkeits-Aktionen und -Projekte einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Im Jahr 2015 haben Privatpersonen, Vereine, Stiftungen, Schulen, Unternehmen, Kirchengemeinden, Verbände und Institutionen unter dem Motto „ZeicheN! setzen“ bei 870 Aktionen Nachhaltigkeit für alle erlebbar gemacht.

Da es sich bei den Aktionen der Nachhaltigkeitstage um dezentrale Eigenaktionen der zivilgesellschaftlichen Akteure handelt, werden in den Aktionen unterschiedliche methodische Herangehensweisen und thematische Schwerpunkte gewählt. Insgesamt dienen die Tage dazu, die Bevölkerung auf das Thema Nachhaltigkeit aufmerksam zu machen und damit auch für eine nachhaltige Ernährung und einen nachhaltigen Konsum zu gewinnen.

Anlässlich der Nachhaltigkeitstage 2014 ist das „PrimaKlima-Kochbüchle“ entstanden, das auf eine gesunde und nachhaltige Ernährung mit CO₂-sparenden Kochrezepten aufmerksam macht. Nach dem großen Erfolg des „Kochbüchles“ wurde anlässlich der Nachhaltigkeitstage 2015 das „Genuss^{N!}-Kochbüchle“ aufgelegt. Hier wurde für jedes Hauptgericht nicht nur die Klimabilanz errechnet, sondern zu fast allen Hauptgerichten auch ein Reste-Gericht angeboten. Es enthält außerdem viele Zusatzinformationen u. a. zu Fair Trade, Verwertung von Speiseresten, Foodsharing, richtig einkaufen, energiesparend kochen und lagern sowie Urban Gardening. Das „Genuss^{N!}-Kochbüchle“ ist, nachdem die erste Auflage bereits nach wenigen Wochen vergriffen war, bereits in der zweiten Auflage erschienen.

Seit 2010 schreibt das Umweltministerium jedes Jahr das Förderprogramm „Förderung beispielhafter Projekte für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aus. Es hat die Unterstützung von gemeinnützigen Initiativen zum Ziel, die zur Bildung für nachhaltige Entwicklung einen Beitrag leisten. Damit sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Entwicklung befähigt werden. Die Förderprogramme beinhalten auch Projekte zu nachhaltigem Konsum und zur Müllvermeidung, wie zum Beispiel das Förderprojekt „Zu schade für die Mülltonne – Aktionswochen zum Thema Lebensmittelverschwendung“ (Projekträger BUND – Regionalverband Nordschwarzwald).

Nachhaltigkeit und nachhaltiger Konsum sind gerade für junge Menschen von großer Bedeutung. Im Rahmen der Jugendinitiative der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes werden deshalb gezielt junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren am Diskurs um eine nachhaltige Entwicklung beteiligt. Diese wichtige Zielgruppe kann eigene Projekte initiieren und sich im Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung sowie im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beratend einbringen.

Zentrales Element der Jugendinitiative ist der Jugendbeirat mit 16 Mitgliedern, der Ende 2015 bereits zum dritten Mal von einer Jury gewählt wurde. Die Jugendinitiative trägt mit ihren Aktivitäten dazu bei, dass das abstrakte Thema „Nachhaltigkeit“ für alle Jugendlichen erlebbar und (be-)greifbar wird. Anhand konkreter Beispiele wird aufgezeigt, welchen Beitrag jede/r Einzelne gerade auch bei den Themen nachhaltige Ernährung und nachhaltiger Konsum leisten kann. Ziel der Jugendinitiative ist auch, den Jugendlichen Zweifel an ihrer Selbstwirksamkeit zu nehmen und sie zu ermutigen, selbst aktiv zu werden und sich zu beteiligen.

Folgende Aktionen verdeutlichen beispielhaft das Engagement der Jugendinitiative:

- Aktionstag „Warten bringt nichts“:
Ziel ist die kritische Auseinandersetzung Jugendlicher und junger Erwachsener mit aktuellen Themen der nachhaltigen Entwicklung. Workshop-Themen waren u. a. „Was macht gutes Brot aus?“, „Imkern“, „Barrierefreiheit“, „Share Economy“ und „Nachhaltige Mobilität“.

- „Schnippeldisko“ zum Beispiel bei den Nachhaltigkeitstagen 2014 auf dem Stuttgarter Schlossplatz:
Ziel ist, auf die Vielfalt und Wertigkeit regional erzeugter Lebensmittel aufmerksam zu machen. Auf Höfen und in Gärtnereien wird nicht-marktfähiges Gemüse geerntet, zubereitet und an Passanten verteilt.
- „Mitmachmarkt Lebensmittel“:
Gemeinsam mit Slow Food Deutschland e.V. und vielen weiteren lokalen Initiativen wurde im Sommer 2015 auf dem Stuttgarter Schlossplatz an vielen thematischen Aktionsständen über einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln informiert.
- Workshop „Appetit auf Nachhaltigkeit?!“:
Ziel ist, Jugendlichen die Unterschiede zwischen biologisch angebauten und konventionellen Lebensmitteln zu vermitteln.

Auf der Internetseite der Jugendinitiative (www.wir-ernten-was-wir-saeen.de) wird im „Nachhaltigkeitsratgeber“ an konkreten Beispielen wie „Faire Mode“ oder „Umgang mit Lebensmitteln“ aufgezeigt, wie sich nachhaltiges Handeln im Alltag umsetzen lässt. Veranstaltungen und Aktionen der Jugendinitiative werden hier nachbereitet und dokumentiert. Aus Aktionen wie dem „Mitmachmarkt Lebensmittel“ entstand eine Anleitung für den Bau eines Gemüse-Hochbeets. Die Internetseite dient außerdem als Vernetzungs- und Austauschplattform.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft